

Extrawurst mit Kröten

Der Bundesrat tut sich schwer mit den Nachteilen der EU-Verträge

FABIAN SCHÄFER

So zynisch es klingen mag: Falls die Schweiz den neuen Abkommen mit der Europäischen Union zustimmen sollte, dann vielleicht wegen Donald Trump. Der US-Präsident führt gerade vor, was es bedeutet, wenn eine Grossmacht mit einem Kleinstaat umspringt, wie es ihr gefällt, wenn keine verbindlichen Regeln gelten, sondern nur das Recht des Stärkeren.

Aber die Befürworter der bilateralen Verträge mit der EU setzen in ihrer neuen Kampagne nicht auf Trump, sondern auf die Wurst. Genauer gesagt: auf die Nationalwurst. Mit einem wunderschön gebrätelten Cervelat machen sie Werbung für ihre Sache. Beim Anblick der Wurst auf der Startseite von «Stark und vernetzt», einer Allianz von Wirtschaftsverbänden, Firmen und Parteien, läuft einem sofort das Wasser im Mund zusammen. Etwas länger dauert es, bis sich die Botschaft erschliesst. Mit dem europapolitischen Durchwurzeln der Schweiz hat es nichts zu tun. Nein: Eine «Extrawurst für die Schweiz» – genau dies sei der bilaterale Weg für das kleine Land.

Ob das reicht, um positive Lagerfeuerstimmung zu entfachen? Der Griff ins Fleischregal sagt einiges darüber aus, wie die Schweiz über ihr Verhältnis zur EU diskutiert. Die Gegner der bilateralen Abkommen haben, was dem Pro-Lager mit seinen oftmals kopflastigen Argumenten fehlt: einfache Botschaften, klare Bilder, eine eingängige Erzählung. National schlägt rational. Mit dem Cervelat möchten die Befürworter auch einmal den Bauch ansprechen.

Die Europadebatte ist gehaltvoller geworden, seit der Bundesrat Mitte Juni die neuen Abkommen publiziert hat. Eine Zwischenbilanz erlaubt erste Rückschlüsse. Im Vergleich zum Rahmenabkommen, das vor vier Jahren gescheitert ist, verläuft der jetzige Prozess unter der Ägide des Aussenministers Ignazio Cassis nach wie vor weitgehend fahrplanmäßig – was bei diesem dauerexplosiven Thema bereits eine beachtliche Leistung ist. Grössere Pannen sind ausgeblieben, Querschüsse und Indiskretionen aus dem Bundesrat ebenfalls.

Überraschungsfreie SVP

An den Reaktionen war höchstens etwas erstaunlich: wie rasch sich mehrere grosse Wirtschaftsverbände zu den Abkommen bekannten, nachdem sie einen klaren Positionsbezug lange vermieden hatten. Auch sonst haben sich die Fronten weiter geklärt. Die Linke will die Verträge praktisch geschlossen unterstützen –



Aussenpolitisch ist die Einigung gelungen, aber innenpolitisch? Bundesrat Cassis mit EU-Kommissar Sefcovic.

OLIVIER MATTHYS / EPA

abgesehen vom Stromabkommen, das in der SP einen giftigen Streit ausgelöst hat. FDP und Mitte hingegen sind weiterhin gespalten, versuchen aber, ihren Disput in Anstand auszutragen. Wie sich die Bauern und das Gewerbe positionieren, bleibt spannend bis zuletzt.

Definitiv überraschungsfrei agiert die SVP: Sie setzt ihre Gegenkampagne fort und schreckt auch vor Falschaussagen nicht zurück. Dazu gehört das Gerede von der «automatischen» Rechtsübernahme, obwohl die Verträge sehr klar sind: Es gibt keinen Automatismus, ohne ausdrückliche Zustimmung der Schweiz in jedem einzelnen Fall wird gar nichts übernommen. Die Irreführung geht weit. In der SVP-Logik würde die Annahme der Verträge die direkte Demokratie «zerstören». In der Realität aber wäre es weiterhin möglich, mit einer Volksinitiative die Ablehnung einer Rechtsübernahme oder die Kündigung der Abkommen zu verlangen. Im Vergleich zur SVP ist das Pro-Lager bis jetzt zurückhaltender unterwegs, wenngleich auch manche Befürworter unliebsame Aspekte gern verschleiern oder verschweigen.

Beunruhigender ist das Verhalten des Bundesrats. Zuständig sind neben Aussenminister Cassis vor allem Beat Jans

und Guy Parmelin, der Migrations- und der Wirtschaftsminister. Sie sind wie Tag und Nacht: Der SVP-Mann Parmelin soll zwar loyal mitarbeiten, unterlässt aber jede klare Aussage für oder gegen die Verträge. Der Sozialdemokrat Jans hingegen sucht die Rolle des Vorkämpfers und agiert offensiver als der Freisinnige Cassis.

Nun ist aber der Bundesrat in seiner Kommunikation weniger frei als andere Akteure. Das Gesetz verpflichtet ihn zu vollständiger, sachlicher und transparenter Information. Bisher fällt es ihm jedoch spürbar schwer, die negativen Aspekte der Abkommen – die vielzitierten Kröten, die es naturgemäß in jedem Staatsvertrag gibt – klar und offen zu benennen. Dieser Eindruck hat sich seit der Publikation der Vertragstexte noch verstetigt.

Die magistrale Beschönigungs rhetorik zeigt sich am deutlichsten bei der Rechtsübernahme. Auch wenn diese nicht automatisch ablaufen wird, geht es um weit mehr als eine juristisch-technische Formalität. Die Veränderung ist handfest: Die Schweiz würde sich verpflichten, künftig in allen Bereichen, in denen sie Teil des europäischen Binnenmarkts ist, neues EU-Recht zu übernehmen, das sie heute noch nicht

kennt – von der Zuwanderung bis zum Strommarkt. Die Unterhändler haben wichtige Schranken und verbindliche Ausnahmen vereinbart, dennoch sollte man den Schritt nicht verniedlichen.

Warnschuss abgefeuert

Bundesrat Jans tut es trotzdem. «Wir können immer Nein sagen», beschwichtigt er. Tatsächlich kann die Schweiz neues EU-Recht im Prinzip weiterhin ablehnen, auch das Referendum bleibt möglich. Gleichzeitig ist aber klar, dass dies nur in absoluten Ausnahmefällen eine Option sein kann. Der Zürcher Rechtsprofessor Matthias Oesch – beileibe kein Gegner der Abkommen – hat es im Interview mit der NZZ klar formuliert: «Eine dauerhafte Nichtübernahme wird nur ganz ausnahmsweise opportun sein, und sie wird einen Preis haben. Die EU könnte in solchen Fällen Ausgleichsmaßnahmen ergreifen, die schmerzen.» Mit anderen Worten: Wer – frei nach Jans – die Möglichkeit haben will, «immer» Nein zu sagen, sollte sich nicht auf die dynamische Rechtsübernahme einlassen.

Auch das Aussendepartement von Ignazio Cassis neigt gelegentlich zur Verharmlosung. Vor wenigen Tagen hat

es in einer Stellungnahme festgehalten, die dynamische Rechtsübernahme sei «im Interesse der Schweiz». Tatsächlich? Vor nicht allzu langer Zeit tönte das anders. Als der Bundesrat 2021 den Rahmenvertrag versenkte, zog er in einem Bericht Bilanz. Daraus geht in erfrischender Offenheit hervor, dass es sich bei der Rechtsübernahme und der Streitbeilegung, die beide schon damals geplant waren, um «souveränitätspolitische Konzessionen» der Schweiz handelt. Heute fehlt diese Klarheit.

Stattdessen fällt vor allem der begeisterte Europäer im Bundesrat, der Basler Beat Jans, mit PR-Rhetorik auf. Mitte Juni hat er die neuen Abkommen im «Sonntags-Blick» mit dem mythischen Rütlischwur verglichen: «ein gegenseitiges Versprechen in schwierigen Zeiten – mit Partnern, die gemeinsam vorwärtsgehen wollen». Offenbar glaubte Jans, der Vergleich sei überzeugend.

Zumindest einer scheint sich darüber gefreut zu haben: der deutsche EU-Parlamentarier Andreas Schwab. Wenige Tage nach Erscheinen des Interviews hat er dem Konstanzer «Südkurier» anvertraut, Jans sei der einzige Bundesrat, der sich für die Abkommen ins Zeug lege. Die anderen Bundesräte hätten «die Hosen voll». Der «Blick» nahm die Aussage auf – und die Empörung ihren Lauf. Schwab sieht sich als Freund der Schweiz. Offenbar glaubte er, seine Aussage sei hilfreich.

Der Bundesrat bewegt sich auf einem schmalen Grat. Während die EU-Vertreter gerne sähen, wie er für die Verträge weibelt, steht er im Inland unter genauer Beobachtung. Und dies nicht nur von der SVP: Ende Juli hat der Mitte-Ständerat Stefan Engler, ein freundlicher und bedächtiger Mann, einen Warnschuss abgefeuert. In einer Kolumne warf er Jans und Cassis vor, «Propaganda» zu betreiben. Bezeichnenderweise nahm er sich die Freiheit heraus, in demselben Text, in dem er die beiden Bundesräte wegen Unsachlichkeit rüffelt, die Rechtsübernahme als «automatisch» zu bezeichnen.

Die Debatte wird weiter Fahrt aufnehmen, die Irreführung wohl ebenfalls. Den kleinsten Spielraum hat der Bundesrat. Er darf zwar die «Extrawurst» anpreisen und die Vorteile loben, die die neuen Verträge mit sich bringen, gerade auch im Vergleich mit dem Rahmenvertrag und dem EWR. Aber er müsste auch die Nachteile als das bezeichnen, was sie sind. Kulinarisch formuliert: Zusätzlich zu den Cervelats sollte er reinen Wein auftischen. Denn nüchtern wird diese Diskussion sowieso nicht ablaufen. Und Trump allein wird den Verträgen nicht zum Durchbruch verhelfen.